

A1

Antrag

Initiator*innen: Maria Bormuth (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)

Titel: **CFP: Kostenfreie Menstruationsprodukte in öffentlichen Gebäuden und Schulen**

Antragstext

1 Problembeschreibung:

2 Das Thema Menstruation wird in unserer Gesellschaft noch immer verschwiegen oder
3 mit Unbehagen und Scham besprochen. Das Fragen nach Menstruationsprodukten, ein
4 Tampon, der aus der Tasche rollt, das Sprechen über Unterleibsschmerzen oder die
5 regelmäßige Krankmeldung bei Endometriose sind von unangenehm bis eigentlich
6 unmöglich für die Menstruierenden.

7 Periodenarmut, dass Menstruierende sich Hygieneartikel nicht leisten können, ist
8 somit doppelt stigmatisiert, da es Scham sowohl wegen der Menstruation als auch
9 der eigenen Armut auslöst. Doch besonders junge Menstruierende sind häufig davon
10 betroffen und nutzen Menstruationsprodukte oft länger, womit sie ihre Gesundheit
11 gefährden.

12 Lösungsvorschlag:

13 Die einfachste Möglichkeit für Land und Bezirke, Menstruationsprodukte
14 kostenfrei verfügbar zu machen, ist, diese in öffentlichen Gebäuden und Schulen
15 bereitzustellen. Das sollte verpflichtend geschehen. Besonders in Schulen ist
16 die Versorgung wichtig, einerseits ist bei jungen Menschen die Menstruation
17 unregelmäßiger, andererseits sind gerade junge Menstruierende finanziell oft
18 nicht in der Lage, die Kosten zu tragen. Außerdem ist die Scham in jungen Jahren
19 besonders groß, über Menstruation zu reden.

20 In den Toiletten und Umkleieräumen von öffentlichen Gebäuden und Schulen werden
21 verpflichtend Spender für Menstruationsprodukte aufgestellt, aus denen diese
22 kostenfrei entnommen werden können.

Begründung

Das Thema der kostenfreien Mestruationsprodukte in öffentlichen Einrichtungen ist schon lange auf der Agenda unserer Partei. U.a. ist die Forderung in einem Beschluss der damaligen Frauen*-Konferenz vom 23.09.2023, aber auch durch ein Paper von Saskia Weishaupt im Januar dieses Jahres begründet worden.

Antrag

Initiator*innen: Thomas Wolff (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)

Titel: Gemeinnützige Grundstücksverkäufe

Antragstext

1 Programmvorschlag/Problemlösung:

2
3 Die Landespolitik, landeseigene Grundstücke zur Bebauung nur noch in Erbbaurecht
4 zu vergeben, sollte für gemeinnützige Bauträger wie Baugenossenschaften oder
5 Stiftungen gelockert werden.

6 An rechtsverbindlich gemeinnützig wirtschaftende Wohnungsträger soll Eigentum an
7 Wohnimmobilien und Baugrundstücken auch zukünftig wieder verkauft werden können.

8
9 Begründung/Problembeschreibung:

10
11 Im Wahlprogramm 2023 steht „Landeseigene Grundstücke werden nicht mehr
12 privatisiert.“ Das Erbbaurecht jedoch birgt Unsicherheit u.a. über die
13 rechtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse nach Ende der Laufzeit.

14
15 Die Entscheidung, kommunale Wohnimmobilien und Grundstücke nicht mehr an
16 Investoren in Eigentum zu geben, ist eine richtige Maßnahme gegen die
17 spekulativen Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt.

18
19 Bei gemeinwohlorientierten Bauträgern sieht das anders aus. Ihrem nachhaltig
20 sozialverträglichen Umgang mit Eigentum steht hier die mangelnde langfristige
21 Perspektive entgegen. Das Erbbaurecht, das eher als Baumöglichkeit für
22 finanziell schwächere Nutzer geeignet ist, ist gegenüber gemeinnützigen
23 Genossenschaften oder Stiftungen keine passende Maßnahme.

24
25 Auch der moralische Anspruch, als Eigentümer von Grundstücken gesellschaftlich
26 besser geeignet zu sein, kann der öffentlichen Hand nicht zugesprochen werden.

27 Vielmehr haben, im Gegensatz zu Genossenschaften, die Kommunen in den
28 vergangenen Jahrzehnten durch verantwortungsloses Verschern von Wohnraum die
29 jetzige katastrophale Situation mit befördert. Als Gewährleisterinnen nachhaltig
30 sozialverträglicher Wohnraumbewirtschaftung sind daher Genossenschaften besser
31 geeignet als das Land.

Begründung

Im Wahlprogramm 2023 steht „Landeseigene Grundstücke werden nicht mehr privatisiert.“ Das Erbbaurecht jedoch birgt Unsicherheit u.a. über die rechtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse nach Ende der Laufzeit.

Die Entscheidung, kommunale Wohnimmobilien und Grundstücke nicht mehr an Investoren in Eigentum zu geben, ist eine richtige Maßnahme gegen die spekulativen Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt.

Bei gemeinwohlorientierten Bauträgern sieht das anders aus. Ihrem nachhaltig sozialverträglichen Umgang mit Eigentum steht hier die mangelnde langfristige Perspektive entgegen. Das Erbbaurecht, das eher als Baumöglichkeit für finanziell schwächere Nutzer geeignet ist, ist gegenüber gemeinnützigen Genossenschaften oder Stiftungen keine passende Maßnahme.

Auch der moralische Anspruch, als Eigentümer von Grundstücken gesellschaftlich besser geeignet zu sein, kann der öffentlichen Hand nicht zugesprochen werden. Vielmehr haben, im Gegensatz zu Genossenschaften, die Kommunen in den vergangenen Jahrzehnten durch verantwortungsloses Verschern von Wohnraum die jetzige katastrophale Situation mit befördert. Als Gewährleisterinnen nachhaltig sozialverträglicher Wohnraumbewirtschaftung sind daher Genossenschaften besser geeignet als das Land.

Antrag

Initiator*innen: Thomas Wolff (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)

Titel: Vermögensbezogene Grundsteuer

Antragstext

1 Programmvorschlag/Problemlösung:

2
3 Die Grundsteuer soll als Regulativ nutzbar gemacht werden und einen sozialen
4 Ausgleich fördern.

5
6 Begründung/Problembeschreibung:

7
8 Länder und Kommunen haben zu wenig Einfluss auf Mietkosten.

9
10 Die Grundsteuer könnte als Regulativ einen sozialen Ausgleich fördern, wenn sie
11 nicht auf die Mieter umgelegt würde. Die Abschaffung dieser Umlage sollte über
12 Bundesratsinitiativen von Städten mit besonders prekärer Wohnungslage gefordert
13 werden (bzw. im Land so geregelt werden, falls rechtlich möglich).

14
15 Die Grundsteuer sollte dann als vermögensbezogene Steuer etabliert werden, die
16 variabel so gestaltet werden könnte, dass sie sozialverträgliche
17 Vermietungsmodelle begünstigt.

Begründung

Länder und Kommunen haben zu wenig Einfluss auf Mietkosten.

Die Grundsteuer könnte als Regulativ einen sozialen Ausgleich fördern, wenn sie nicht auf die Mieter umgelegt würde. Die Abschaffung dieser Umlage sollte über Bundesratsinitiativen von Städten mit besonders prekärer Wohnungslage gefordert werden (bzw. im Land so geregelt werden, falls rechtlich möglich).

Die Grundsteuer sollte dann als vermögensbezogene Steuer etabliert werden, die variabel so gestaltet werden könnte, dass sie sozialverträgliche Vermietungsmodelle begünstigt.

Antrag

Initiator*innen: Thomas Wolff (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)

Titel: Sozialverträgliche Grunderwerbsteuer

Antragstext

1 Programmvorschlag/Problemlösung:

2
3 Die Grunderwerbsteuer soll abhängig vom Vermögen begrenzt werden.

4 Das Land soll Familien den Erwerb von Wohneigentum nicht erschweren.

5 Die Grunderwerbsteuer kann als Landessteuer im Land gestaltet werden.

6 Sie sollte auf einen Anteil des Familienvermögens von z.B. maximal 4% begrenzt
7 werden.

8
9 Begründung/Problembeschreibung:

10
11 Der Eigentumsanteil ist in Berlin weit unterdurchschnittlich. Eigentum bietet
12 aber Sicherheit und befreit von der Abhängigkeit vom Marktgeschehen.

13
14 Mit der hohen Grunderwerbsteuer werden Familien, die selbstgenutztes
15 Wohneigentum bilden wollen, Steine in den Weg gelegt. Das (aufgrund der hohen
16 Mieten) oft geringe Eigenkapital wird durch Nebenkosten derart absorbiert, dass
17 Finanzierungsmodelle in der Mittelschicht daran scheitern können.

18
19 Außerdem liegt hier ein gravierendes Gerechtigkeitsproblem vor, da
20 Großinvestoren (trotz geringfügiger Änderungen) nach wie vor bei der
21 Grunderwerbsteuer privilegiert sind.

22
23 Hinweis: Das Wahlprogramm 2025 kritisiert die Maklergebühren und bedient damit

24 ein beliebtes und bequemes Feindbild. Fakt ist aber, dass der Staat beim
25 Wohnungskauf ein Vielfaches dessen abkassiert, was Makler einnehmen.

Begründung

Der Eigentumsanteil ist in Berlin weit unterdurchschnittlich. Eigentum bietet aber Sicherheit und befreit von der Abhängigkeit vom Marktgeschehen.

Mit der hohen Grunderwerbsteuer werden Familien, die selbstgenutztes Wohneigentum bilden wollen, Steine in den Weg gelegt. Das (aufgrund der hohen Mieten) oft geringe Eigenkapital wird durch Nebenkosten derart absorbiert, dass Finanzierungsmodelle in der Mittelschicht daran scheitern können.

Außerdem liegt hier ein gravierendes Gerechtigkeitsproblem vor, da Großinvestoren (trotz geringfügiger Änderungen) nach wie vor bei der Grunderwerbsteuer privilegiert sind.

Hinweis: Das Wahlprogramm 2025 kritisiert die Maklergebühren und bedient damit ein beliebtes und bequemes Feindbild. Fakt ist aber, dass der Staat beim Wohnungskauf ein Vielfaches dessen abkassiert, was Makler einnehmen.

Antrag

Initiator*innen: Thomas Wolff (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)

Titel: Erhöhung des Rentenniveaus

Antragstext

1 Programmvorschlag/Problemlösung:

2
3 Wir brauchen endlich eine grundlegende Reform des Rentensystems. Die Rente muss
4 wieder zumindest auf das Niveau von 1990 gehoben werden.

5 Wir wollen, nach Möglichkeit mit weiteren Bundesländern, über eine
6 Bundesratsinitiative eine grundlegende Rentenreform einfordern.

7 Dazu gehört in erster Linie eine ungedeckelte Beitragszahlung und eine
8 Beteiligung von Vermögensgewinnen an der Rentenfinanzierung.

9 Das Ziel muss sein, das Rentenniveau wieder zu steigern, auf mindestens 53%, wie
10 es auch Sozialverbände fordern.

11
12 Begründung/Problembeschreibung:

13
14 *In der Programmdiskussion wird der Wunsch „Angemessene und auskömmliche Rente*
15 *für alle“ als Vision benannt. Aufgrund der unten beschriebenen Veränderungen der*
16 *sozialen Verhältnisse erscheint diese Forderung als Zukunftsvision zu schwach*
17 *und sollte konkreter betrieben werden.*

18
19 Menschen, die im Rentenalter eine neue Wohnung brauchen, oder gern in eine
20 kleinere umziehen würden, haben in unserer Stadt kaum eine Chance.

21
22 Das liegt nicht nur an den absurden Wohnungspreisen, sondern auch daran, dass
23 deutsche Renten viel zu niedrig sind. Im Vergleich zu mehreren europäischen

24 Nachbarländern, aber auch im Vergleich zu deutschen Beamtenpensionen liegen
25 deutsche Renten um ca. 1000€ niedriger.

26
27 Es ist nicht hinzunehmen, dass sich Bundespolitiker darüber streiten, ob Renten
28 noch weiter gesenkt werden können oder ob sie „stabil“ gehalten werden sollten.

29
30 Das Rentenniveau ist seit ca. 1990 von 53% auf 48% gesenkt worden, die als
31 Teilkompensation gedachte Riesterrente war bekanntlich ein Flop, und mit
32 Berücksichtigung des gestiegenen Rentenalters beträgt die Verschlechterung ca.
33 20%.

34
35 Währenddessen ist die Altersversorgung im Beamtenstand gleich üppig geblieben.
36 Die Altersversorgung von Menschen mit hohen Vermögen ist offensichtlich
37 entsprechend gestiegen.

38
39 Die Politik verschleppt seit langer Zeit eine grundlegende Rentenreform, die
40 sich vom Bismarckschen System des 19. Jahrhunderts löst und eine solidarisch
41 gerechte Finanzierung der Renten einführt.

Begründung

In der Programmdiskussion wird der Wunsch „Angemessene und auskömmliche Rente für alle“ als Vision benannt. Aufgrund der unten beschriebenen Veränderungen der sozialen Verhältnisse erscheint diese Forderung als Zukunftsvision zu schwach und sollte konkreter betrieben werden.

Menschen, die im Rentenalter eine neue Wohnung brauchen, oder gern in eine kleinere umziehen würden, haben in unserer Stadt kaum eine Chance.

Das liegt nicht nur an den absurden Wohnungspreisen, sondern auch daran, dass deutsche Renten viel zu niedrig sind. Im Vergleich zu mehreren europäischen Nachbarländern, aber auch im Vergleich zu deutschen Beamtenpensionen liegen deutsche Renten um ca. 1000€ niedriger.

Es ist nicht hinzunehmen, dass sich Bundespolitiker darüber streiten, ob Renten noch weiter gesenkt werden können oder ob sie „stabil“ gehalten werden sollten.

Das Rentenniveau ist seit ca. 1990 von 53% auf 48% gesenkt worden, die als Teilkompensation gedachte Riesterrente war bekanntlich ein Flop, und mit Berücksichtigung des gestiegenen Rentenalters beträgt die Verschlechterung ca. 20%.

Währenddessen ist die Altersversorgung im Beamtenstand gleich üppig geblieben. Die Altersversorgung von Menschen mit hohen Vermögen ist offensichtlich entsprechend gestiegen.

Die Politik verschleppt seit langer Zeit eine grundlegende Rentenreform, die sich vom Bismarckschen System des 19. Jahrhunderts löst und eine solidarisch gerechte Finanzierung der Renten einführt.

Antrag

Initiator*innen: Corinna Balkow (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)

Titel: **Grüne Inseln in der Stadt: Baumscheiben
gemeinsam gestalten**

Antragstext

1 **Call for Paper - Paper im Themenbereich der FAG**
2 **7**

3 **Problembeschreibung:**

4 Die Vereinsamung in unseren Städten nimmt zu. Unsere Nachbarschaften leiden
5 unter zunehmender Vereinzelung und gesellschaftlicher Spaltung. Gleichzeitig
6 fehlt es an Begegnungsorten im öffentlichen Raum, wo Menschen unterschiedlicher
7 Generationen und Hintergründe zusammenkommen können.

8 Die Klimakrise stellt unsere Städte vor enorme Herausforderungen. Hitzeperioden
9 und Starkregenereignisse nehmen zu, die unsere Gesundheit gefährden und die
10 städtische Infrastruktur überlasten. Straßenbäume leiden unter Hitze und
11 Trockenheit.

12 In unseren Städten sind Baumscheiben oft vernachlässigte Flächen, die mit Müll
13 übersät und zu klein bemessen sind. Die aktuellen Baumscheiben sind oft viel zu
14 klein dimensioniert, was die Vitalität unserer Stadtbäume beeinträchtigt und
15 kaum Raum für Bepflanzung lässt. Zu viele Baumscheiben verkommen daher zu
16 Müllablageplätzen und Hundeklos.

17 **Lösungsvorschlag:**

18 Baumscheiben – die kleinen Flächen rund um Straßenbäume – bieten enormes
19 Potenzial für ökologische Aufwertung und nachbarschaftliches Engagement. Wir
20 wollen Bürger*innen ermutigen, diese Räume aktiv mitzugestalten und so einen
21 Beitrag für Klima, Artenvielfalt und ein lebendiges Miteinander zu leisten. Die
22 gemeinsame Pflege von Baumscheiben schafft Anlässe für Austausch und Begegnung.

23 Wir setzen uns dafür ein, dass einfache und transparente Genehmigungsverfahren
24 für die Baumscheibenbepflanzung genutzt und bekannt gemacht werden. Zusätzlich
25 soll Nachbar*innen ermöglicht werden, in Zusammenarbeit mit dem zuständigen Amt
26 die von ihnen gepflegten **Baumscheiben zu vergrößern**.

27 Größere Baumscheiben bedeuten mehr Wasserspeicherkapazität für die Bäume und
28 mehr Raum für ökologisch wertvolle Bepflanzung.

29 Wir wollen die Aufstellung von **öffentlichen Regentonnen** auf Gehwegen fördern,
30 damit Anwohner*innen Regenwasser sammeln und für die Bewässerung der
31 Baumscheiben nutzen können. Dies entlastet die Kanalisation bei Starkregen und
32 hilft gleichzeitig, Wasser für Trockenperioden zu speichern.

33 Wir wollen die Bepflanzung mit **regionalen Stauden und Wildpflanzen** fördern, die
34 Insekten und anderen Kleintieren Nahrung und Lebensraum bieten.
35 Bezirksgärtnereien werden kostenlos Saatgutmischungen und heimische Pflanzen zur
36 Verfügung stellen, sowie Beratungsangebote schaffen.

37 Unser Ziel ist es, bis 2030 mindestens 50% aller Baumscheiben in unserer Stadt
38 ökologisch aufzuwerten und so ein Netzwerk grüner Flächen für die Artenvielfalt
39 zu schaffen.

Begründung

Die Vereinsamung in unseren Städten nimmt zu. Unsere Nachbarschaften leiden unter zunehmender
Vereinzelung und gesellschaftlicher Spaltung. Gleichzeitig fehlt es an Begegnungsorten im öffentlichen
Raum, wo Menschen unterschiedlicher Generationen und Hintergründe zusammenkommen können.

Die Klimakrise stellt unsere Städte vor enorme Herausforderungen. Hitzeperioden und Starkregenereignisse
nehmen zu, die unsere Gesundheit gefährden und die städtische Infrastruktur überlasten. Straßenbäume
leiden unter Hitze und Trockenheit.

In unseren Städten sind Baumscheiben oft vernachlässigte Flächen, die mit Müll übersät und zu klein
bemessen sind. Die aktuellen Baumscheiben sind oft viel zu klein dimensioniert, was die Vitalität unserer
Stadtbäume beeinträchtigt und kaum Raum für Bepflanzung lässt. Zu viele Baumscheiben verkommen daher

zu Müllablageplätzen und Hundeklos.

Antrag

Initiator*innen: Friedrich Adrian (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)

Titel: **Call for Paper zum Wahlprogrammprozess zur Abgeordnetenhauswahl 2026 Thema: Berlin wird Vorreiter bei Freiwilligendiensten**

Antragstext

1 Call for Paper

2 Berlin wird Vorreiter bei Freiwilligendiensten

3 Facharbeitsgruppe: FAG 3 – Bildung, Wissenschaft, Jugend

4 Problem:

5 Als ehemaliger Zivildienstleistender weiß ich, wie prägend diese Zeit war – für
6 das Selbstbewusstsein, für soziale Kompetenzen und für das Verständnis von
7 Gesellschaft. Was man hierbei erlebt, prägt einen als junger Mensch fürs Leben.
8 Heute gibt es zwar verschiedene Freiwilligendienste wie FSJ, FÖJ oder BFD, doch
9 viele Berliner*innen finden keinen Platz, werden unzureichend beraten oder
10 können sich das Engagement schlicht nicht leisten. Gleichzeitig braucht unsere
11 Demokratie dringend junge Menschen, die Verantwortung übernehmen – gegen Rechts,
12 für Vielfalt, für Zusammenhalt. Berlin vergibt hier großes Potenzial.

13 Lösungsvorschlag:

14 Wir machen Berlin zum Vorreiter für Freiwilligendienste und schaffen neue
15 Perspektiven für junge Menschen:

16 - Einführung eines Rechtsanspruchs auf einen Freiwilligendienstplatz in Berlin –
17 für alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die sich engagieren wollen, wie
18 früher beim Zivildienst.

19 - Beratungsangebote an allen Berliner Schulen, fest verankert in der
20 Berufsorientierung.

21 - Stärkung des FSJ Politik mit mehr Plätzen in Abgeordnetenbüros, Fraktionen und
22 Bezirksverwaltungen – für echte Mitgestaltung und politische Bildung.

23 - Ausbau des FJN (Freiwilliges Jahr in Wissenschaft, Technik und Nachhaltigkeit)
24 durch Kooperationen mit Hochschulen und Nachhaltigkeitsprojekten.

25 - Erhöhung des Taschengelds und Verbesserung der sozialen Absicherung, um
26 Chancengleichheit zu fördern.

27 - Anerkennung der im Freiwilligendienst erworbenen Kompetenzen, z. B. für
28 Bewerbungen, Studium oder Ausbildung – und Ausbau der begleitenden
29 Bildungsangebote.

30 Diese Maßnahmen stärken nicht nur den gesellschaftlichen Zusammenhalt, sondern
31 setzen auch ein grünes Zeichen gegen Demokratieverdruss und Rechtsruck.